



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.

Karen Schober

# Raus aus dem Dornröschenschlaf Qualität und Wirksamkeit von Berufsberatung gewinnen international an Bedeutung

Artikel in: EURO Professional Nr. 59, April 2004  
Informationsschrift für die  
Mitarbeiter der Beratungs- und Vermittlungsdienste

Nürnberg 2004

Karen Schober-Brinkmann, Dipl. Soziologin, ist vielen BerufsberaterInnen der Bundesagentur für Arbeit bekannt: sie engagiert sich in Nürnberg sehr für die Belange der Berufsberatung, gegenwärtig ist sie im „Projekt Ausbildungspakt“ tätig.  
Wir danken Frau Schober sehr für ihren Einsatz!

## **Gliederung**

Empirische Evidenz durch Studien der OECD, EU und Weltbank	3
Berufsberatung dient zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Zielen	5
Weltweit vergleichbare Entwicklungstrends bei den Beratungsangeboten	8
Empfehlungen zur Weiterentwicklung	11
Empfehlung zur Berufsberatungspolitik: Vernetzung und „Strategic leadership“	13
Der Anfang ist gemacht	15
<b>Anhang</b>	16

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin



Herausgeber der Reihe dvb-script (neue Auflage):  
dvb • Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.  
© Schwerte • Düsseldorf • 2005

# **Raus aus dem Dornröschenschlaf**

## **Qualität und Wirksamkeit von Berufsberatung gewinnen international an Bedeutung**

*Beitrag für EURO Professional Nr. 59, April 2004  
Informationsschrift für die Mitarbeiter der  
Beratungs- und Vermittlungsdienste, ISSN 0948 - 5848*

Auf ihrer Konferenz in Lissabon (2000) haben die Regierungschefs der Europäischen Union ein ehrgeiziges politisches Ziel formuliert: Europa soll bis 2010 die wettbewerbsstärkste und dynamischste wissensbasierte Gesellschaft in der Welt werden mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum, mehr und besseren Jobs und größerem sozialen Zusammenhalt. Die Entwicklung, Förderung und optimale Nutzung der Humanressourcen und eine Politik, die das lebensbegleitende Lernen proaktiv fördert, wurden als unabdingbare Voraussetzungen benannt. Der Ministerrat bekräftigte dies mit seiner Empfehlung zum lebensbegleitenden Lernen (2001) und mit der Kopenhagen Resolution (2002) für eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedsländer bei Bildung und Ausbildung. In all diesen Dokumenten wird die herausragende Bedeutung umfassender und qualitativ hochwertiger Bildungs-, Berufs- und Laufbahnberatung (career guidance) für die Umsetzung einer Strategie Lebenslangen Lernens herausgestellt. Eine effektive Politik für Lebenslanges Lernen muss daher Maßnahmen zur Förderung, Intensivierung und Verbesserung der begleitenden Beratungsdienstleistungen einschließen (guidance policy).

Zur Unterstützung dieser Prozesse hat die EU-Kommission eine Expertengruppe „Lifelong Guidance“ eingesetzt, die den verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen der Kommission zuarbeitet, die an der Umsetzung der Ziele des Lissabon- und Kopenhagen-Prozesses beteiligt sind. Ein Resolutionsentwurf zur Berufsberatungspolitik unter der irischen Präsidentschaft (1. Halbjahr 2004<sup>1</sup>), ein unterstützendes Handbuch für policy makers, Qualitätsstandards und Indikatoren zur Messung von Qualität und Wirksamkeit! beraterischer Interventionen sind für die 2. Jahreshälfte 2004 in Vorbereitung (siehe Anhang Punkt 1).

---

<sup>1</sup> In seiner Sitzung am 28. Mai 2004 hat der Rat der Europäischen Kommission die Entschließung angenommen, siehe unter: <http://ue.eu.int/showPage.asp?id=551&lang=DE&mode=g> > Rechtsakte des Rates > Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates Mai 2004, Dokumentennummer 10700/04

## **Empirische Evidenz durch Studien der OECD, EU und Weltbank**

Auch außerhalb der EU ist das Bewusstsein über die politische Bedeutung von Bildungs-, Berufs- und Laufbahnberatung in den letzten Jahren gestiegen und so werden in vielen Ländern der Welt Forderungen nach einer Stärkung und Intensivierung von Beratungsdienstleistungen im Bildungs- und Beschäftigungssektor laut. Vor diesem Hintergrund haben OECD, EU und Weltbank, unterstützt von der CCDF (Canadian Career Development Foundation) und dem kanadischen Ministerium für die Entwicklung von Humanressourcen in den Jahren 2001 bis 2003 vergleichend angelegte Studien in 36 Staaten (siehe Anhang Punkt 2) über „Berufsberatung und öffentliche Politik“ (Career Guidance and Public Policy) durchgeführt. Ziel der Studien war die Analyse der aktuellen Situation der Bildungs- und Berufsberatungsdienste in diesen Ländern und die Feststellung möglicher gemeinsamer Trends und Politikanforderungen. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen wurden auf der Konferenz „Career Guidance and Public Policy – Bridging the Gap“ in Toronto vom 6. bis 8. Oktober 2003 vorgestellt und erörtert. Die einzelnen Studien, zusammenfassende Berichte und Konferenzergebnisse sind auf der Webseite der Konferenz zugänglich (siehe Anhang Punkt 3).

Auch Deutschland hat sich an der OECD-Studie beteiligt, die 2001/2002 in 14 Mitgliedsstaaten durchgeführt wurde. Die Koordinierung der deutschen Beteiligung lag beim Bundesbildungsministerium (BMBF). Das Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK), die Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie ausgewählte Schulen, Hochschulen, Einrichtungen der Sozialpartner, private Bildungsträger und Beratungsanbieter waren einbezogen. Auf der Basis eines umfangreichen Fragenkatalogs, der vom BMBF, der BA und der KMK beantwortet wurde, besuchten OECD-Experten (siehe Anhang Punkt 4) ausgewählte Politik- und Praxisbereiche und führten ergänzende Experten-Interviews durch. Ein vom BMBF veranstaltetes Seminar am 5. Juni 2002 mit den OECD-Experten und rd. 35 Vertretern aus den für Bildungs- und Berufsberatung relevanten Institutionen schloss die Datenerhebungsphase ab. Der von den OECD-Experten verfasste Länderbericht hat zur Berufsberatungspolitik in Deutschland wurde im September 2002 veröffentlicht (siehe Anhang Punkt 5).

### **Berufsberatung dient zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Zielen**

„Berufsberatung ist ein Dienstleistungsangebot, das darauf ausgerichtet ist, Individuen jeden Alters und zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens dabei zu unterstützen, Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsentscheidungen auf einer gut vorbereiteten und informierten Basis eigenständig zu treffen und ihr Berufsleben selbst in die Hand zu nehmen.“ So oder ähnlich lauten in fast allen Ländern dieser Welt die Definition und Zielbestimmungen für Bildungs-, Berufs- und Laufbahnberatungsdienste. Die Konzeption der OECD-

EU- und Weltbankstudien sieht Bildungs- und Berufsberatung als eine auf Individuen ausgerichtete Dienstleistung, deren Wirkungen jedoch zugleich hohen gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen stiften. Die Studien unterscheiden zwischen drei grundlegenden Zieldimensionen berufsberaterischer Interventionen: Lernziele (learning goals), arbeitsmarktpolitische Ziele (labour market goals), Chancengleichheit (equal opportunity goals; social inclusion).

Die drei Studien zeigen weitgehende Einigkeit in den untersuchten Ländern über die angestrebten gesellschaftlichen und ökonomischen Ziele: Eingebunden in eine Strategie des lebensbegleitenden Lernens fördert und unterstützt Bildungs-, Berufs- und Laufbahnberatung die

- Entwicklung und Erreichung individueller Lernziele (individuelle Lernberatung, Kompetenzfeststellung, Laufbahnentwicklung – career development),
- Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Bildungswesen (z.B. Verringerung von Drop-out-Quoten, Qualitätsverbesserung, Transparenz des Bildungsangebots, Optimierung der Auswahlprozesse),
- Entwicklung und Erhalt von Beschäftigungsfähigkeit (Vermeidung von Arbeitslosigkeit),
- Allokations- und Matchingprozesse am Arbeitsmarkt (Vermeidung/Verringerung von Arbeitslosigkeit, Vermeidung von Fehlqualifikation und Dequalifizierungsprozessen),
- Erreichung sozialpolitischer Ziele (soziale Integration benachteiligter Gruppen).

## **Weltweit vergleichbare Entwicklungstrends bei den Beratungsangeboten**

Trotz der z.T. sehr unterschiedlichen Systeme und verschiedener rechtlicher, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen in den untersuchten Ländern und einem unterschiedlichen Ausbaustand der Bildungs- und Berufsberatungsdienste ähneln sich die beobachteten Entwicklungslinien und Trends. Sie sind in dem einen Land mehr, in dem anderen weniger ausgeprägt, doch scheinen sie ziemlich universell zu sein und ähnliche Schlussfolgerungen und Empfehlungen für politisches Handeln nahe zu legen.

Folgende Haupttrends in der Entwicklung der Beratungsdienste hat Ronald Sultana in seinem Synthesebericht der EU/ETF-Länderberichte für CEDEFOP hervorgehoben, die hier nicht ausführlich dargestellt werden können. Sie sind auf der Webseite der EU Lifelong Guidance nachzulesen (siehe Anhang Punkt 6).

<b>Von .....</b>	<b>Zu .....</b>
einem an bestimmten Übergangsschwellen verfügbaren Beratungsangebot	einem lebensbegleitenden Beratungsangebot
einem Fokus auf Risikogruppen begrenzten Beratungsangebot	einem Mainstream-Angebot für alle
einem kurativen, reaktiven Beratungsansatz	zu einem präventiven, proaktiven Beratungsansatz
einem hauptsächlich psychologisch basierten Beratungsansatz	einem multi-disziplinären Ansatz
der Fokussierung auf Einzelberatung	auch auf Gruppen bezogener Beratung
einem Fokus auf personale Betreuung/Beratung	mehr Selbstinformation und Selbst-Assessment
außerhalb des Schulcurriculums	mehr Durchdringung des Curriculums
vorwiegend öffentlichen/staatlichen Beratungsangeboten	zunehmend privaten/selbstständig arbeitenden und gemeinnützigen Anbietern
vorwiegend von Hauptamtlichen durchgeführten Beratungsangeboten	einer zunehmenden Beteiligung von Stakeholdern
auf den nationalen Markt begrenzten Beratungsangeboten	transnationaler Mobilität

Uneinheitlich stellen sich in den untersuchten Ländern die Trends zur Professionalisierung bzw. Deprofessionalisierung der Beratungsdienstleistungen und in Zusammenhang damit die Frage der Qualität und Qualifikation des Beratungspersonals sowie der Entwicklung von (Mindest-) Qualitätsstandards und Qualitätsmanagementsystemen dar.

Diese wiederum sind eng verknüpft mit dem überall erkennbaren Bestreben, Wirkungen und Wirtschaftlichkeit der Angebote zu evaluieren und Kosten-Nutzen-Rechnungen aufzustellen, was vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Ressourcen legitim ist, jedoch die Berufsberatungsdienste vor neue Herausforderungen stellt.

## **Empfehlungen zur Weiterentwicklung**

Beratungsdienste setzen bislang mehrheitlich nur punktuell in kritischen Entscheidungssituationen oder Übergangsphasen an. Meist fehlt die Altersgruppen übergreifende und das Berufsleben begleitende Ausrichtung.

Neben der anlassbezogenen Einzelfallhilfe in konkreten Entscheidungssituationen muss Bildungs- und Berufsberatung nach den Erkenntnissen der Studien stärker darauf gerichtet sein, „Berufslaufbahnkompetenzen“ (career management skills) zu vermitteln, um die Eigenverantwortlichkeit und die Fähigkeiten zur eigenständigen Karrieregestaltung, zum ständigen Weiterlernen und zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit zu stärken.

Diese Prozesse müssen in der Schule beginnen und das Erwerbsleben begleiten. Die OECD fordert daher die Einbeziehung von Berufsorientierung ins schulische Curriculum sowie die stärkere Einbindung externer Akteure in die schulische Berufsorientierung, insbesondere Arbeitsverwaltungen, Wirtschaft und Hochschulen, um praxisnahe und arbeitsmarktrelevante Inhalte zu vermitteln.

In der Bildungs- und Berufsberatung (aller Altersgruppen) müssen verstärkt Angebote für Praktika, Arbeitserprobungen, Betriebserkundungen (work shadowing) gemacht werden, um den Menschen die Möglichkeit zur Erprobung der eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zu geben.

Die Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und Beratungsangeboten müssen ausgeweitet und verbessert werden. Bislang profitieren weltweit überwiegend Jugendliche und Arbeitslose von öffentlichen Beratungsangeboten. Deutlich weniger Angebote gibt es für Berufstätige, für Ältere, für Berufsrückkehrer/-innen, für Migranten/-innen und für marginalisierte Personengruppen sowie (erstaunlicherweise) vielfach auch im tertiären Bildungsbereich. Je nach Zielgruppe sind unterschiedliche Strategien zu verfolgen.

Präventive Beratungsangebote für Berufstätige (z.B. solche, die an einer beruflichen Veränderung oder an beruflicher Weiterbildung und dem Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit interessiert sind) sollten durch arbeitsplatznahe Angebote in Kooperation mit Unternehmen und/oder Arbeitnehmervertretungen realisiert werden.

Bei der notwendigen Diversifizierung der Angebote für bestimmte Zielgruppen und zur Erhöhung der Erreichbarkeit und der Kundenorientierung ist dem Ausbau von Call-Centern, Hotlines und Internet basierten Informations- und Beratungsangeboten eine hohe Priorität einzuräumen. Diese Strategien setzen ein qualitativ hochwertiges, aktuelles, umfassendes und nutzerfreundliches Informationsangebot voraus. Solche Selbstinformationseinrichtungen müssen ergänzt und inhaltlich verknüpft werden mit wissenschaftlich fundierten und einfach zu handhabenden Selbsteinschätzungs- und Selbsterkundungsprogrammen (self assessment).

Mit Ausnahme einiger führender Länder (z.B. Kanada, Schweiz, Australien, Finnland, UK) und der Internationalen Vereinigung für Schul- und Berufsberatung (IAEVG) bestehen kaum anerkannte Qualitätsstandards und Qualitätsmanagementsysteme für Bil-

dungs- und Berufsberatungsdienste, die auch definierte Ausbildungsstandards für Beratungspersonal einschließen (siehe Anhang Punkt 7). Diese müssen auf nationaler Ebene entwickelt und den verschiedenen öffentlichen und privaten Beratungseinrichtungen als Leitlinien an die Hand gegeben werden. Solche Standards und Qualitätssicherungssysteme dienen sowohl dem Verbraucherschutz als auch öffentlichen oder privaten Geldgebern als Entscheidungshilfe bei der Finanzierung von Angeboten.

Nur unzureichend entwickelt sind bislang Erkenntnisse über Ergebnisse, Wirksamkeit und Kosten von Beratungsangeboten. Hier besteht überall dringlicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf, um für Politik und Geldgeber Kosten-Nutzen-Analysen zu erstellen.

Der Ausbau der Bildungs- und Berufsberatungsdienste kann nicht weiter zu Lasten der öffentlichen Haushalte erfolgen. Es müssen daher intelligente und kostengünstige, aber dennoch effiziente Maßnahmen zur Erweiterung des Angebots entwickelt werden (siehe Punkt 2, 5 und 6). Dazu gehört auch eine Einbeziehung aller am Beratungsgeschehen beteiligten und interessierten Gruppen (stakeholder) – Eltern, Lehrer, Schulen, Betriebe, Gewerkschaften, freie Träger, Kommunen, gemeinnützige Organisationen und private Anbieter – und zwar sowohl mit eigenen oder kooperativen Angeboten als auch bei der Finanzierung.

Bildungs- und Berufsberatung wird in allen untersuchten Ländern als ein öffentliches und privates Gut betrachtet, das sowohl dem Individuum als auch der Wirtschaft und der Gesellschaft bei der Erreichung wichtiger ökonomischer und gesellschaftlicher Ziele dient. Der Staat muss jedoch nicht selbst überall Anbieter dieser Dienste sein; er sollte jedoch Verantwortung dafür übernehmen, dass es ein für jedermann leicht zugängliches Beratungsangebot gibt, das definierten Qualitätsstandards entspricht.

## **Empfehlungen zur Berufsberatungspolitik:**

### **Vernetzung und „Strategic leadership“**

In fast allen untersuchten Ländern sind Kompetenzen, Finanzierung und Durchführung der Bildungs- und Berufsberatung zwischen verschiedenen Ressorts (insbesondere zwischen Bildungs- und Arbeitsministerien) und Einrichtungen zersplittert und wenig koordiniert, obwohl in der Regel öffentlich finanziert.

Dies kann sich zwar einerseits positiv auf den Wettbewerb, die Diversifizierung von Angeboten und die Entwicklung innovativer Konzepte auswirken, birgt aber auch die Gefahr der Doppelarbeit und Doppelfinanzierung in sich und kann die notwendige Transparenz ebenso wie die Entwicklung gemeinsamer Konzepte und erforderlicher Qualitätsstandards beeinträchtigen.

Nur in wenigen Ländern gibt es so etwas wie eine gezielte und koordinierte Bildungs- und Berufsberatungspolitik oder eine Institution, die eine „strategische Führungsrolle“ für die Weiterentwicklung und Koordinierung der Beratungsdienste innehat.



Die OECD empfiehlt daher in diesen Ländern die Bildung eines nationalen Forums für Bildungs- und Berufsberatung, dem Vertreter aller beteiligten Ressorts, Anbieter und Praktiker sowie relevanter gesellschaftlicher Gruppen angehören. Aufgaben eines solchen Gremiums, das keinerlei Entscheidungs- oder Weisungsbefugnis haben soll, sind Transparenz und Informationsaustausch zwischen den Institutionen sowie zwischen Politik und Praxis, verbesserte Kooperation, die Koordinierung gemeinsamer Initiativen, Anregungen zur Weiterentwicklung von Standards und Instrumenten, die Identifizierung von Informationslücken und Forschungsbedarf sowie die Beratung in den relevanten Politikbereichen.

## **Der Anfang ist gemacht**

Mit den dargestellten Studien aus 36 Ländern liegen erstmals breite, empirisch belegte Erkenntnisse zu Bildungs- und Berufsberatung und deren gesetzlich-institutioneller und politischer Fundierung vor. Diese wurden in der OECD-Bildungskommission, in der EU-Kommission und bei der Weltbank erörtert und es wurden Handlungsempfehlungen an die Mitgliedsländer weitergegeben. Sie bilden die Basis für Politikentwicklung und Förderprogramme in der Europäischen Gemeinschaft und in den einzelnen Ländern. Die EU wird in ihrem „Joint Actions“ Programme 2004 bis 2006 europäische Netzwerke Nationaler Foren zur Bildungs- und Berufsberatung fördern, um die Umsetzung der o.g. Empfehlungen zu unterstützen. Die vom Lissabon-Prozess ausgehende Politik für Lebenslanges Lernen wird so flankiert von der Politik, die kontinuierliche, leicht zugängliche und qualitativ hochwertige Beratungsangebote sicherstellt. Eine Vernetzung der Akteure auf nationaler und internationaler Ebene ist dafür unabdingbare Voraussetzung.

Nach Jahrzehnten eines „beschaulichen Nischendaseins“ gerät Bildungs- und Berufsberatung durch die dargestellt weltweiten Entwicklungen etwas stärker ins Blickfeld öffentlicher Politik. Sie muss ihren Beitrag zu den ökonomischen und sozialen Zielen der Gesellschaft sichtbar machen, sich Qualitätssicherungssystemen unterziehen und an ökonomischen Effizienzkriterien messen lassen. Sie muss sich vernetzen und dem Wettbewerb stellen. 2004 dürfte ein spannendes Jahr für alle in der Bildungs- und Berufsberatung Engagierten werden.

## Anhang

1. CEDEFOP hat für die Expertengruppe auf seiner Webseite eine virtual community eingerichtet, auf der alle Vorhaben und Arbeitsergebnisse nachzulesen sind:  
[http://cedefop.communityzero.com/lifelong\\_guidance](http://cedefop.communityzero.com/lifelong_guidance)
2. Australien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kanada, Korea, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Slowakische Republik, Spanien, Südafrika, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Zypern.
3. [www.oecd.org/els/education/careerguidance](http://www.oecd.org/els/education/careerguidance) oder  
[http://www.hrhc-drhc.gr.ca/sp-ps/arbqgra/conferences/2003/guidance\\_orientation/home.shtml](http://www.hrhc-drhc.gr.ca/sp-ps/arbqgra/conferences/2003/guidance_orientation/home.shtml)
4. Prof. Antony Watts, OECD, und Prof. Peter Plant, Dänische Universität für Bildung und Erziehung, Kopenhagen
5. „OECD-Gutachten zur Berufsberatung – Deutschland, Länderbericht“, Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.). Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste (ibv), Nr. 38/02 vom 18. September 2002, Nürnberg
6. [http://cedefop.communityzero.com/lifelong\\_guidance](http://cedefop.communityzero.com/lifelong_guidance)
7. Canada: [www.career-dev-guidelines.org](http://www.career-dev-guidelines.org); UK: [www.guidancecouncil.com](http://www.guidancecouncil.com); [www.icg-uk.org](http://www.icg-uk.org); IAEVG (AIOSP): [www.iaevg.org](http://www.iaevg.org)



**Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.**  
Bundesvorsitzende: Birgit Lohmann  
Geschäftsstelle c/o A. Büchner, Ulanenstraße 20, 40468 Düsseldorf  
Fon: 0211/453316, Email: [kontakt@dvb-fachverband.de](mailto:kontakt@dvb-fachverband.de)  
[www.dvb-fachverband.de](http://www.dvb-fachverband.de)